

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 122. Ratssitzung vom 9. November 2016

2390. 2016/133

Motion von Christine Seidler (SP) vom 20.04.2016:

Bereitstellung einer Liegenschaft für den Betrieb eines städtischen Bordells

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Christine Seidler (SP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1832/2016): Die geforderte Liegenschaft soll von den Sexarbeiterinnen selber verwaltet oder im Kollektiv geführt werden. Es ist in keiner Weise von einer staatlich verwalteten, kontrollierten Sexarbeit die Rede. Für Sexarbeiterinnen sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ihnen einen besseren Schutz und bessere Arbeitsbedingungen bieten. Das Ziel ist es, die Ausbeutung, den illegalen Menschenhandel und die Diskriminierung von Frauen zu stoppen. Prostitution ist eine Realität und das älteste Gewerbe der Welt. Es ist in der Schweiz ein legales Gewerbe mit der entsprechenden Nachfrage, ungefähr jeder dritte Mann hat schon einmal sexuelle Leistungen in Anspruch genommen. Die Handelsware ist nicht die Frau oder der Mann selber, sondern die sexuelle Dienstleistung. Nichtsdestotrotz erfährt das Prostitutionsgewerbe härtere Auflagen und Sexarbeiterinnen werden diskriminiert. Die Erfahrung von Beratungsstellen zeigt, dass das bestehende Prostitutionsgesetz und die Verordnung Auflagen schaffen, die es den Sexarbeiterinnen massiv erschwert, selbständig tätig zu sein und sexuelle Dienstleistungen unter sicheren Arbeitsbedingungen anzubieten. Trotz der Realisierung des Strichplatzes und wichtigen Beiträgen als Lösung zum Strassenstrich bestehen in Bezug auf die Sexsalons immer noch Missstände und Ungerechtigkeiten. Ausbeuterische Arbeitsbedingungen im Sexgewerbe und Menschenhandel können, wie die Erfahrung zeigt, nicht und trotz gut gemeinter Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO) mit aufenthaltsrechtlichen Kontrollen, repressiver Reglementierung oder Verboten verhindert oder bekämpft werden. Um den Schutz der Sexarbeiterinnen vor Ausbeutungssituationen und Gewalt zu verbessern, werden Massnahmen hinsichtlich guter Arbeitsbedingungen, legaler Migrationsmöglichkeiten sowie dem Zugang zu Recht und Gesundheit und der Ermöglichung von Selbstständigkeit und Selbstorganisation notwendig. Die überwiegende Mehrheit der Sexarbeiterinnen arbeitet auch freiwillig und selbstbestimmt. Sexarbeiterinnen werden verdrängt und ihrer Anonymität beraubt. Die Stadt sollte mutig und mit Weitsicht Rahmenbedingungen schaffen, die den Sexarbeiterinnen einerseits besseren Schutz bietet und andererseits zur Gleichbehandlung der Sexarbeit als legales Gewerbe gegenüber anderen Gewerben eintritt. Die Stadt fungiert mit dem Vorstoss nicht als Zuhälterin, wie das in den Medien proklamiert worden ist, sondern als weitsichtige und lösungsorientierte Stadt, die einen Beitrag zu einer Lösung eines real existierenden Problems leistet. Dass trotzdem Frauenhandel und Ausbeutung existieren, ist eine Realität. Doch wenn man nichts tut, ist das einfach zu wenig. Ich bin damit einverstanden, die Motion in ein Postulat*

umzuwandeln. Mir ist eine sorgfältige Prüfung im Sinne einer Auslegeordnung aus Solidarität mit den Sexarbeiterinnen enorm wichtig.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Die Bereitstellung einer Liegenschaft zum Betrieb eines städtischen Bordells kann ein Puzzleteil der städtischen Prostitutionspolitik sein. Entsprechend sind wir gerne bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Einige Fragen sind noch offen: die Zielgruppen, die genaue Trägerschaft und begleitende Massnahmen, damit wir sicherstellen können, dass mit einem solchen Projekt auch wirklich ein Gewinn für die Sexarbeiterinnen entsteht. Deshalb sind wir froh, wenn wir einen gewissen zeitlichen Spielraum haben, um das Projekt umzusetzen, falls es sich realisieren lässt. Die genannten Ziele sind sehr ambitioniert und vermutlich nicht durch ein reines Zurverfügungstellen von Raum zu ermöglichen, doch wir werden das gerne eingehend prüfen.*

Weitere Wortmeldungen:

Roberto Bertozzi (SVP) *stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat: Begründet wird die Forderung damit, dass die Sexarbeiterinnen in einem geschützten Rahmen besser vor Gewalt bewahrt werden können. Die SVP-Fraktion unterstützt die Ablehnung der Motion durch den Stadtrat und fordert ihn gleichzeitig dazu auf, das Postulat ebenfalls abzulehnen. Aufgrund der Argumentation des Stadtrats, die Motion abzulehnen mit Blick auf die Gewerbefreiheit und die unzulässige, staatliche Einflussnahme der Stadt auf das Sexgewerbe, ist es für uns unverständlich, warum der gleiche Stadtrat dann bereit ist, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Wir sind der Meinung, dass es nicht die Aufgabe der Stadt ist, das Prostitutionsgewerbe zu fördern.*

Guido Trevisan (GLP): *Die Motionsbegründung und das, was gesagt wurde, steht ein wenig in Widerspruch zum Motionstext. Dass man ein staatliches Bordell als Abhilfe fordert, ist aus unserer Sicht keine städtische Aufgabe. Wir möchten, dass das Gewerbe möglichst frei betrieben werden kann, so wie das für andere Wirtschaftsbereiche auch gilt: gleiche Voraussetzungen für alle. Es müssen die Ursachen der Probleme behoben werden und nicht die Konsequenzen. Der Stadtrat unterstützt den Vorstoss als Postulat, verbietet aber gleichzeitig die Ausübung des Sexgewerbes in Gebieten mit mehr als 50 % Wohnanteil. Es sollte viel eher angestrebt werden, dass diese 50 % Regel gelockert wird, um damit den nötigen Arbeitsraum zu schaffen und den sich Prostituierenden zu ermöglichen, selber einen Kleinstsalon zu betreiben. Aus grünliberaler Sicht ist das Zurverfügungstellen von Bordellfläche keine primäre Aufgabe der Stadt. Wir lehnen die Motion klar ab und werden auch das Postulat nicht unterstützen.*

Markus Knauss (Grüne): *Die Begründung der Motion ist einleuchtend und beschreibt die schwierige Situation, die Prostituierte in der Stadt antreffen sehr gut. Einem Teil der Fraktion erschliesst sich aber nicht ganz, was der Zusammenhang zwischen der Begründung und der Forderung eines städtischen Bordells ist. Wir haben jedes Jahr neu zwischen 1000 bis 1200 Frauen im Prostitutionsgewerbe. In einem städtischen Bordell*

kann nur für eine ganz kleine Gruppe von Frauen eine Möglichkeit geschaffen werden, unter sicheren Arbeitsbedingungen der Prostitution nachzugehen. Uns ist es wichtig, eine umfassende Besserstellung der Situation der Prostituierten in Zürich zu schaffen. In der BZO-Debatte werden wir eine gute Lösung im Sinn der Frauen finden. Die Diskussion über die Kleinsalons in der PGVO finden wir sehr unglücklich und restriktiv. Es geht darum, dass der Stadtrat entweder die Ausführungsbestimmungen zur PGVO verbessert, anpasst oder grundlegend ändert. Warum der Stadtrat in der Motionsantwort schreibt, die Ziele seien mehrheitlich erreicht worden, wissen wir nicht. Wir haben hier sicherlich noch Aufgaben zu erfüllen, die wir ernsthaft angehen müssen. Die Mehrheit der Grünen lehnt den Vorstoss ab, auch als Postulat, eine Minderheit wird den Vorstoss unterstützen.

Derek Richter (SVP): *Man vergleicht hier eine Schreinerei oder Metzgerei mit einem Bordell. Im Prostitutionsbericht konnten wir zur Kenntnis nehmen, dass für die Bevölkerung insgesamt eine Verbesserung stattgefunden hat, vor allem aufgrund der Emissionen des Strassenstrichs. Man möchte einen Betrieb wirtschaftlich fördern, andere Wirtschaftszweige in der Stadt wären für die gleiche Förderung aber auch dankbar. Es kann keine staatliche Aufgabe sein, ein Bordell zu führen.*

Alexander Brunner (FDP): *Wenn man von Sexarbeiterinnen spricht, redet man von Dienstleistungen. Gemäss neueren Umfragen gibt es knapp 1400 Sexarbeiterinnen im Kanton Zürich. Weltweit ist die Schweiz führend in punkto Bordellichte. Die meisten Damen arbeiten in Salons, gefolgt von Strassen, Bars, Cabarets und dem Escort. Es stellt sich die Frage, wo sich ein städtisches Bordell in diesem Markt positionieren will. Woher sollen die Frauen kommen, die dort arbeiten? Schutz benötigen die, die am meisten exponiert sind, also die Frauen auf dem Strassenstrich. Ziel muss also sein, dass in einem städtischen Bordell vor allem Frauen arbeiten, die sonst auf dem Strassenstrich ihr Geld verdienen würden. Wir glauben nicht, dass es Frauen gibt, die dort erfolgreich selbstständig tätig wären und dies auf eine grosse Nachfrage stossen würde, weil das Angebot schon sehr gross ist. Die richtige Diskussionsplattform ist für uns auch die BZO und nicht ein einzelnes Angebot, das man hier schaffen möchte.*

Karin Weyermann (CVP): *Viele Frauen arbeiten jetzt schon freiwillig und selbstbestimmt. Das Problem liegt vor allem darin, dass das Prostitutionsgesetz und Verordnungen Auflagen schaffen, die dies erschweren. Doch das Gesetz und die Auflagen gelten auch für die Stadt. Deshalb ist es auch für sie nicht einfacher, ein Bordell zu betreiben, weshalb wir den Sinn nicht sehen, ein solches Vorhaben umzusetzen. Ganz abgesehen von der Wirtschaftsfreiheit des Markts und davon, dass es schlicht und einfach keine städtische Aufgabe ist.*

Andreas Egli (FDP): *Die Stadt müsste für ein Bordell eine Vorbildfunktion haben, es reicht nicht, eine gute Vermieterin zu sein, sondern sie müsste die arbeitsrechtlichen Bedingungen auf einem ganz hohen Standard zu halten. Das würde zu einer sehr teuren Dienstleistung führen. Das Etablissement würde infolgedessen keinen grossen Zulauf haben, weil die Kosten dementsprechend hoch gehalten werden müssten.*

4 / 4

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Dass von der Motionärin behauptet wird, jeder dritte Mann hätte schon einmal solche Gefälligkeiten in Anspruch genommen, ist männerfeindlich und wenn dies die Substanz des Vorstosses ist, gibt es keinen Grund, ein solches Staatsbordell zu unterstützen.*

Christine Seidler (SP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln

Das Postulat GR Nr. 2016/386 (statt Motion GR Nr. 2016/133, Umwandlung) wird mit 54 gegen 66 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat